

OMRI BOEHM

RADIKALER

JENSEITS VON

UNIVERSALISMUS

IDENTITÄT

PROPYLÄEN

Omri Boehm
Radikaler Universalismus



Propyläen wurde 1919 durch die Verlegerfamilie Ullstein als Verlag für hochwertige Editionen gegründet. Der Verlagsname geht zurück auf den monumentalen Torbau zum heiligen Bezirk der Athener Akropolis aus dem 5. Jh. v. Chr. Heute steht der Propyläen-Verlag für anspruchsvolle und fundierte Bücher aus Geschichte, Zeitgeschichte, Politik und Kultur.

OMRI **BOEHM**

R A D I **K** A L E R

JENSEITS VON

UNIVERSALISMUS

IDENTITÄT

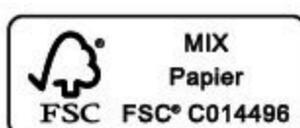
Aus dem Englischen
von Michael Adrian

Propyläen

Wir verpflichten uns zu Nachhaltigkeit



- Klimaneutrales Produkt
- Papiere aus nachhaltiger Waldwirtschaft und anderen kontrollierten Quellen
- ullstein.de/nachhaltigkeit



Propyläen ist ein Verlag der Ullstein Buchverlage GmbH
www.propylaeen-verlag.de

ISBN 978-3-549-10041-7

© der deutschsprachigen Ausgabe

Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2022

Alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Jan Martin Ogiermann

Gesetzt aus der Dante MT Std

Satz: LVD GmbH, Berlin

Druck und Bindearbeiten: GGP Media GmbH, Pößneck

*Das ist der Triumph der Religion der Propheten
über die Philosophie der Ethik: daß sie allein
die Idee der Menschheit entdeckt hat.*

HERMANN COHEN

*Das »Wir« scheint mir somit nicht
der Frage vorausgehen zu dürfen [...].*

MICHEL FOUCAULT

Für Amitai

INHALT

PROLOG: VOM URSPRUNG

9

1. DAS KAINSMAL

25

2. WAHRHEIT ALS VOLKSFEIND ODER DER VORRANG DER PHILOSOPHIE VOR DER DEMOKRATIE

73

3. DIE ABRAHAMITISCHE UNTERSCHIEDUNG ODER WAS AUFKLÄRUNG IST

121

EPILOG: AUS DER GRUBE

147

DANK

157

ANMERKUNGEN

159

QUELENNACHWEIS

175

PROLOG: VOM URSPRUNG

1959 erhielt W. E. B. Du Bois eine Einladung in den Kreml, in welcher ihm mitgeteilt wurde, dass er den Internationalen Lenin-Friedenspreis – eine Art kommunistischen Nobelpreis – erhalten werde. Ein sowjetisches Komitee würdigte den herausragenden afroamerikanischen Gelehrten und Autor von *Black Reconstruction in America*¹ »für die Festigung des Friedens zwischen den Völkern«, um damit ein Zeichen zu setzen. In einer Welt, in der der Kalte Krieg in vollem Gange war und die Bürgerrechtsbewegung an Fahrt aufnahm, präsentierte sich Sowjetrussland dort als überlegen, wo die liberale Demokratie der USA versagt hatte: bei der Herstellung von Rassengerechtigkeit. Obwohl also zweifellos eine politische Absicht hinter der Entscheidung des Preisgerichts stand, wäre es dennoch irrig, sie als bloße Propaganda abzutun. In Amerika der Jim-Crow-Gesetze wäre Du Bois vom Weißen Haus kaum eine vergleichbare Ehre erwiesen worden. Im Jahr davor hatte er bereits die Ehrendoktorwürde in Wirtschaftswissenschaften von der Humboldt-Universität in Ost-Berlin erhalten, an der er um die Jahrhundertwende eine kurze, aber prägende Zeit verbracht und Seminare bei Persönlichkeiten wie Max Webers Habilitationsvater August Meitzen und Wilhelm Dilthey besucht hatte. Als der Lenin-Preis dann 1960 in der sowjetischen Botschaft in Washington überreicht wurde – Du Bois hatte sich ausgebeten, dass die Zeremonie in Amerika stattfand –, beschloss der Mann, der sein Leben einmal als »Autobiografie des Rassenbegriffs«² beschrieben hatte, sei-

ne Dankesrede mit einer Erklärung, die ausgerechnet aus seinem Mund doch überraschend klang: »Ich halte immer noch an dem Traum von dem Amerika fest, in das ich hineingeboren wurde.«³

Vier Jahre später, im September 1964, sollte Martin Luther King Jr. auf Einladung des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt für einen historischen Besuch nach West-Berlin reisen. Der offizielle Grund war eine Gedenkveranstaltung für John F. Kennedy, der im Jahr zuvor eine berühmte Rede in der eingemauerten Stadthälfte gehalten hatte und nur wenige Monate später einem Attentat zum Opfer gefallen war. Den ermordeten Präsidenten der westlichen, vom Bezwinger zum Beschützer gewandelten Supermacht durch eine Einladung der schwarzen und noch immer hoch umstrittenen Ikone der Bürgerrechtsbewegung zu ehren, war eine bemerkenswerte Entscheidung Brandts. Noch im Vorjahr hatte King in einer Zelle im Gefängnis von Birmingham, Alabama, gesessen, weil er entgegen eines gerichtlichen Verbots friedliche Proteste in der Stadt organisiert hatte. Die Veröffentlichung seines »Briefs aus dem Gefängnis in Birmingham« fällt fast auf den Tag genau mit Kennedys »Ich bin ein Berliner« zusammen. Auch die Bundesrepublik verstand sich offenbar darauf, ein Zeichen in Sachen westliche Werte und Rassengerechtigkeit zu setzen. Bei seinem Aufenthalt wollte es sich King nicht nehmen lassen, auf die andere Seite der Mauer zu fahren und den Osten zu besuchen, obwohl seine Gastgeber dagegen waren; so versuchte denn auch die amerikanische Botschaft, seinen Grenzübertritt zu verhindern, indem sie Kings Reisepass einzog. Er setzte sich aber durch und hielt schließlich

eine kurze Predigt in der Marienkirche, nachdem er sich an der Grenze mit seiner American Express-Karte ausgewiesen hatte. Ein Präsident der American Academy in Berlin sollte dies viele Jahre später als ein Indiz dafür werten, dass der Kapitalismus am Ende doch »funktionieren kann«.⁴

Diese Schachzüge westlicher und östlicher Politiker im Kalten Krieg sind längst Geschichte. Heute toben hitzige Debatten um Identität, Diskriminierung und gesellschaftliche Macht. Seit Februar 2022 ist der Krieg zurück in Europa, und es könnte verlockend erscheinen, dass diese Debatten plötzlich von einem alt-neuen Konflikt an den Rand gedrängt werden. Nur haben Fragen der Rassen- und der sozialen Gerechtigkeit die westliche liberale Demokratie – mit den Vereinigten Staaten als ihrem befleckten Symbol – bei näherer Betrachtung immer schon vor dem Hintergrund von Herausforderungen heimgesucht, mit denen sie von außen konfrontiert wurden. Gewiss, im Unterschied zur Sowjetunion fordert Wladimir Putin den Westen nicht mit einer umfassenden Ideologie heraus. Doch geriert er sich seit vielen Jahren im Hinblick auf Homosexuellenrechte, den »Angriff« auf christliche Familienwerte und die ethnische »Bedrohung« durch eine einwanderungsfreundliche Haltung als Alternative zum westlichen Liberalismus. Das ist einer der Gründe, warum sich nicht nur ein ehemaliger US-Präsident, sondern weite Teile der Republikanischen Partei für Putin begeistern. Im Übrigen dürfte eines klar sein: Wenn Putin überhaupt eine Ideologie hat, dann eine nihilistische, eine Art Wille zur Macht, und die Frage lautet, inwieweit der Westen aufrichtig für ein alternatives Ideal steht. Die Kraft der Werte, für die wir außenpolitisch kämp-

fen, bemisst sich an der Integrität, mit der wir diese Grundsätze im Innern vertreten.

Doch die liberale Demokratie steckt bereits seit Jahren in der Krise. Die einschlägigen intellektuellen Angriffe auf ihre geistigen und moralischen Grundlagen – Aufklärung, Universalismus, Vernunft – verfangen jenseits hochtrabender intellektueller Debatten und abgehobener Philosophie-Fachbereiche zunehmend auch in politischen Kreisen. Was in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts als Provokation aus Paris mit unüberhörbaren Anleihen aus dem Schwarzwald der zwanziger und dreißiger Jahre begann, beeinflusst heutzutage die Politik weit über die amerikanischen »Culture Studies« der achtziger Jahre hinaus. Die Form des Postmodernismus, die derzeit in Gestalt der Critical Race Theory und der postkolonialen oder dekolonialen Theorie nach Europa reimportiert wird, nimmt die Träume eines Martin Luther King genauso wenig ernst wie den »Traum von dem Amerika«, in das Du Bois hineingebo- ren wurde. Solche Träume gelten Linken wie Rechten gleichermaßen als Illusionen, denn in einem Punkt immerhin sind sie sich einig: Das Problem mit dem universalistischen Projekt der Aufklärung besteht nicht darin, dass es gescheitert ist, sondern dass man es überhaupt versucht hat. Und so wetteifern beide politischen Lager darum, den Maßstab des abstrakten Universalismus durch eine konkrete Identität zu ersetzen: Wie die Rechte im Namen traditioneller Werte kämpft, so kämpft die Linke im Namen von Gender und Race. Der universelle Humanismus gilt keiner der beiden Seiten mehr als Grundlage, um ungerechte Gesetze und diskriminierende Machtstrukturen zu kritisieren

und zu verändern. Er wird vielmehr als die Maske wahrgenommen, die es den Herrschenden ermöglicht, die Strukturen der Ausgrenzung und Ausbeutung aufrechtzuerhalten.

Autoren, die sich solidarisch mit schwarzen Afrikanerinnen, LGBTQ-Menschen, ethnischen Minderheiten und anderen diskriminierten Gruppen zeigen, weisen die Kritik an der »Identitätspolitik« oft damit zurück, dass sie sie als eine Form von »weißer Verletzlichkeit« oder heuchlerischer Übersensibilität der Privilegierten darstellen. Ein Kritiker möchte die zunehmende Rede von einer »illiberalen Linken« gleich als »Mär« abtun.⁵ Zwar könne man immer, so seine Argumentation, »ein paar saftige Anekdoten über die Exzesse linker Anti-Rassisten finden«, doch blieben diese ein »marginales Phänomen«. Die derzeitigen antiuniversalistischen Entwicklungen im progressiven Lager zielten nicht darauf, »Menschen in irgendwelche Identitätsgefängnisse zu sperren«, sondern vielmehr auf »die Einforderung von Grundrechten«.⁶

Doch gerade wenn es einem um Grundrechte zu tun ist, sollte man den wachsenden Widerstand gegen den Universalismus der Aufklärung und die damit verbundene Überzeugung, Kant sei der Vater des modernen Rassismus und sogar des Nationalsozialismus gewesen, ernster nehmen.⁷ Es geht nicht nur um ein paar saftige Anekdoten wie die Entlassung eines Kolumnisten des *Guardian* oder eines Chefredakteurs der *New York Review of Books*, weil sie Ansichten hegten, die dem allgemein Geläufigen nicht entsprachen. Während wir in eine Epoche eintreten, in der wir die westliche liberale Demokratie in Europa zu stärken und den Aufstieg rechts-

extremer Politik und eines ethnischen Nationalismus zu bekämpfen haben, zudem mit globalen Katastrophen und Migrationswellen konfrontiert sind, macht es einen Unterschied, ob wir an der Idee des universellen Humanismus als einen Kompass, sogar als einer Waffe festhalten, oder ob wir eine Gesellschaft hervorbringen, in der diese Idee verspottet und verachtet wird.

Ich kann mir vorstellen, dass viele liberale Universalisten in der politischen Mitte an diesem Punkt zustimmend nicken. Das aber wäre voreilig. Seit vielen Jahren schon schrumpft das, was liberale Demokraten unter »Universalismus« verstehen, unablässig, sodass heute nur noch die leere Hülse des Begriffs geblieben ist. Das klarste Indiz für diese Leere besteht vielleicht im Verschwinden des Begriffs der Pflicht und der Vorherrschaft des Begriffs der Rechte. Wir alle sind mit dem Kanon der Menschenrechte vertraut, der sich am Ende des Kalten Krieges »als die internationale Moral des Endes der Geschichte« herausbildete und heute eine »ganze Bibliothek« von Literatur zu ihrer Begründung verlangt.⁸ Während eine gewaltige Fachliteratur zur Geschichte, Philosophie und Soziologie der Rechte vorliegt, wird die Frage, ob es auch immer noch Menschenpflichten gibt, kaum je gestellt. Wie ein klassischer Aufsatz zum Thema ausführt, ist der Begriff des Rechts modern und säkular, der Begriff der Pflicht hingegen vormodern und religiös; Pflichten sind »heteronom«, wie Philosophen sagen: Mose brachte geschriebene göttliche Pflichten vom Berge Sinai herab und *gab* sie den Hebräern. Rechte hingegen sind das Kennzeichen der menschlichen Selbstbestimmung und Autonomie.⁹ In dieser bequemen Atmosphäre plädieren

Liberales selten für irgendeine strikte universelle Pflicht aller Menschen, die durchaus erfordern könnte, dass sie gegen ihre eigenen Interessen handeln – und dies auch oft genug tut. Stattdessen berufen sie sich auf ihr Recht als Staatsbürger, genau hiervon abzusehen.

Wenn solche »Universalisten« den aufklärerischen Rationalismus gegen die »Identitätspolitik« verteidigen, dann gehören sie in der Regel zum positivistischen Zweig der Bewegung, der »Vernunft« mit »Interessen« gleichsetzt und für den ein »aufgeklärter Universalismus« genau genommen ein Widerspruch in sich ist. Es überrascht deshalb nicht, dass ein erklärter Anti-Universalist wie Richard Rorty als Gewährsmann für den Großteil der angeblich universalistischen liberalen Bedenken gegenüber der Identität herhalten muss. Als Rorty in den neunziger Jahren den Angriff auf die »Kulturwissenschaften« anführte, setzte er dem postmodernen Identitätsbegriff den des »Nationalstolzes« entgegen.¹⁰ Auch sein derzeit scharfsinnigster Anhänger, Mark Lilla, stellt der Identität einen »Wir-Liberalismus« und »Patriotismus« entgegen, hält aber im Unterschied zu Rorty die damit eröffnete Alternative für universalistisch.¹¹ Für die Historikerin Jill Lepore, die wesentlich progressiver ist als der Philosoph Rorty oder der Politikwissenschaftler Lilla, gibt es nur »einen Weg«, um den liberalen Universalismus zu verteidigen, nämlich »ein Plädoyer für die Nation« vorzutragen. In dem speziellen amerikanischen Fall, für den sie ihr Plädoyer vorträgt, müsse man sich zu diesem Zweck »eine sehr gute Idee schnappen und an ihr festhalten: dass alle Menschen gleich und von Geburt an mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind«.¹²

Es sollte offensichtlich sein, dass die Nation der falsche Ausgangspunkt ist, um den Universalismus zu verteidigen. Ein Abgrund trennt die einzig mögliche Quelle universalistischer Politik – eine selbstverständliche Wahrheit über die Gleichheit aller Menschen – von der Reduktion dieser Wahrheit auf eine »sehr gute Idee«. Dass wir blind für diesen vermeintlich bedeutungslosen Unterschied geworden sind, zeigt besonders deutlich, wie fadenscheinig die Bedeutung des Universalismus längst geworden ist.

Für all jene, die immer noch hoffen, den Universalismus verteidigen zu können, bleibt Kant der unverzichtbare Denker. Er begriff, dass die Aufklärungsbewegung, die ihm vorausgegangen war, keine universalistische Bewegung gewesen war, sondern in Wirklichkeit die gefährlichste Feindin des Universalismus. Ihre positivistische Reduktion des Menschen auf die blinde Natur ersetzte die Menschheit durch das, was Nietzsche als »kluge Tiere« bezeichnen sollte – Objekte nicht der Würde, sondern der Beherrschung und des Besitzes, der Ausbeutung und der Versklavung. Gegen diese aufgeklärte Reduktion bestand Kant darauf, dass der Begriff der Menschheit abstrakt bleiben müsse: frei von jeder Beimengung biologischer, zoologischer, historischer und soziologischer Tatsachen. Eine solche metaphysische Menschheitsidee war spätestens seit den biblischen Propheten bekannt; was Kants Leistung zu einem epochalen Einschnitt machte, war seine Fähigkeit, die biblische Idee ins säkulare Denken zu übersetzen, ohne in religiösen Glauben oder eine wissenschaftliche Reduktion zurückzufallen. Bei Kant wurde die Idee der Menschheit erstmals als moralischer Begriff formuliert: Was Menschen menschlich

macht, ist keine natürliche Eigenschaft, sondern ihre Freiheit, ihrer Verpflichtung auf moralische Gesetze zu folgen. Weil menschliche Lebewesen offen für die Frage sind, was sie tun sollen, sind sie selbst Subjekte von absoluter Würde.

Das Wort »absolut« ist nicht grundlos gewählt. Indem er die Idee der Menschheit als einen moralischen Begriff formulierte, übersetzte Kant nicht nur die biblische Auffassung von Pflicht, sondern er modernisierte die Idee, einem Gesetz zu folgen, das nicht von Menschen gemacht ist. Das Schicksal des Universalismus hängt am Schicksal dieser Konzeption: Nur ein Gesetz oder eine Wahrheit, die unabhängig von menschlichen Konventionen ist, ist universell in seinem oder ihrem *Geltungsbereich* und nicht relativ zu den Interessen, Wünschen und »guten Ideen« derjenigen, die über die Macht gebieten, in der menschlichen Gesellschaft Gesetze zu erlassen. Mehr noch: Nur ein solches Gesetz ist auch universell in seiner *Autorität* statt nur in seinem Geltungsbereich – es geht über die Legitimität menschlicher Vereinbarungen hinaus, die ja durchaus ungerecht sein können. In diesem Punkt wäre sich Kant mit den »Identitätslinken« einig: Scheitert die Modernisierung einer abstrakten Menschheitsidee und eines absoluten Gesetzesbegriffs, dann ist die Rede vom Universalismus Identitätspolitik für weiße Männer. Sie erlaubt es den Mächtigen, die Hülse einer entleerten moralischen Sprache auszunutzen, um ungerechte Machtstrukturen zu erhalten, die abzuschaffen dringend geboten ist. So wie die falschen Universalisten in Wirklichkeit ihre eigene Identitätspolitik verfolgen, hat leider auch die identitäre Linke mehr mit dem falschen Universalismus gemein, als sie sich gerne

eingestehen würde. Antiuniversalistische Theorien neigen dazu, einen intellektuellen Bezugsrahmen zu entwickeln, in dem Rasse oder Geschlecht als biologische Begriffe dekonstruiert werden. Die entsprechenden Diskussionen konzentrieren sich darauf, die Aufklärung – oder Kant – als Erfinder der wissenschaftlichen Idee der Rasse zu überführen, und widmen sich Fragen wie der, ob Du Bois das biologische Verständnis jenes Konzepts völlig überwunden hat oder nicht, oder der, ob wir uns nur mit der biologischen »Bedeutung von Rasse« oder auch mit »ihrer Wahrheit« (und gegebenenfalls Falschheit) beschäftigen sollen.¹³ Die dabei zugrunde gelegte Annahme lautet, dass die Menschheit im Gegensatz zu Rasse (oder Geschlecht) ein biologischer Begriff *ist*. Doch ist es kaum sinnvoll, einen entmenschlichenden Rassebegriff zu dekonstruieren, während man gleichzeitig die Zerstörung des Begriffs der Menschheit feiert. Der Kampf gegen systemische Ungerechtigkeit und falschen Universalismus kann nur im Namen des wahren Universalismus geführt werden. Und nicht im Namen der Identität.

Im Folgenden lese ich drei Texte neu: die amerikanische Unabhängigkeitserklärung, Kants Essay »Was ist Aufklärung?« und die alttestamentarische Erzählung von der »Opferung« oder, in der jüdischen Tradition, der »Bindung Isaaks«. Ich verfare dabei nicht nach Art einer gelehrten Abhandlung, die sich in jedem Kapitel einen der Texte vornehmen würde. Ich will vielmehr ein Argument für den Universalismus entfalten, indem ich untersuche, wie diese Texte ineinandergreifen – als Monumente einer Tradition, die uns nahe